

**Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
K-Drs. 204**

An die Mitglieder der
**Kommission Lagerung
hoch radioaktiver Abfallstoffe**



Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280

Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:

IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10

BIC TRODDEF1

Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:

Jörg Sommer (Vorsitzender)

Hans Leo Bader

Pierre L. Ibisch

Hermann E. Ott

Ute Vogt

Kuratorium:

Joana Emetz

Lothar Frenz

Richard Focken

Beirat:

Karl-Heinz Florenz (MdEP)

Dr. Heiner Geißler

Prof. Dr. Hartmut Graßl

Prof. Dr. Michael von Hauff

Prof. Dr. Ulrich Holzbaur

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Prof. Dr. Wolfram Koch

Bernd Lange (MdEP)

Prof. Dr. Mojib Latif

Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt

Prof. Dr. Reinhold Leinfelder

Reinhold Messner

Prof. Dr. Gerd Michelsen

Dr. Matthias Miersch (MdB)

Prof. Dr. Kai Niebert

Prof. Dr. Holger Rogall

u.a.

6. April 2016

Berichtsteil zur Partizipation im Standortsuchverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kommission plant, in wenigen Wochen ihren Entwurf für den Abschlussbericht und damit ihre Empfehlungen für eine partizipative Neugestaltung der Endlagersuche vorzustellen.

Doch nach rund zwei Jahren Kommissionstätigkeit liegt bislang noch kein abgestimmter Entwurf gerade zum wesentlichen Element dieses partizipativen Suchverfahrens vor: der Partizipation.

Über die Gründe wurde umfangreich diskutiert. Fakt ist, dass es dazu bisher lediglich ein so genanntes „Vorsitzendenpapier“ der beiden AG1 Vorsitzenden gibt, das bislang weder in der zuständigen AG noch in der Gesamtkommission hinreichend beraten werden konnte.

Aktuell sind die AG1 Mitglieder aufgerufen, binnen weniger Tage „finale“ Anmerkungen zu formulieren, die dann redaktionell zusammengeführt und ein einziges Mal umfassend in der AG selbst beraten werden sollen, wenige Tage bevor dann der Gesamtkommission erstmalig Gelegenheit zur Lesung gegeben werden soll.

Dieses Verfahren ist an sich schon der Bedeutung dieses Berichtsteils nicht angemessen. Es ist um so problematischer, als das so genannte „Vorsitzendenpapier“ substantiell ungeeignet ist, ein partizipatives Suchverfahren zu ermöglichen.



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

Da die Gesamtkommission aber letztlich eine mehr oder minder bearbeitete Fassung dieses Papiers am 18. April diskutieren soll (und wohl erst wenige Stunden vorher vorgelegt bekommen wird), möchte ich Ihnen in den kommenden beiden Wochen die Gelegenheit geben, sich mit den grundsätzlichen Bedenken zu befassen, die nicht nur von mir sondern auch von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus den kommissionseigenen Beteiligungsformaten sowie der Fachöffentlichkeit und durchaus auch von anderen Kommissionsmitgliedern geteilt wird. Nun zu den einzelnen Kritikpunkten:

Komplexität

Das Vorsitzendenpapier versucht, eine über einen Zeitraum, der länger ist als die bisherige Existenz der Bundesrepublik Deutschland, die im Rahmen eines komplexen, mehrstufigen Suchverfahrens nötige Partizipation als Prozess in teilweise beeindruckender engagierter Detailtiefe zu planen.

Dies ist schon angesichts der zeitlichen Dimension und der in diesem Zusammenhang zu erwartenden Änderungen politischer Strukturen, rechtlicher Rahmenbedingungen, gesellschaftlicher Kontexte sowie der Weiterentwicklung des Standes natur- und gesellschaftswissenschaftliches Wissens unrealistisch.

Planung eines nicht planbaren Prozesses

Das vorliegende Konzept entscheidet sich mit seinem Prozessansatz für die Planung eines letztlich nicht planbaren Prozesses und wäre damit selbst dann zum Scheitern verurteilt, wenn dieser Prozess auf Basis heutigen Wissens und heutiger gesellschaftlicher Rahmenbedingungen konsistent und überzeugend wäre.

Es widerspricht damit zudem den in den einführenden Berichtsteilen umfassend dargelegten Konsequenzen aus dem bisherigen Umgang mit Technik und ihren Folgen. Es versucht letztlich mit den selbst von der Kommission im ersten Berichtsteil klar als unzulänglich herausgearbeiteten Denkansätzen der Vergangenheit das Zukunftsthema Partizipation zu bewältigen. Dies kann nicht gelingen.

Konsequenterweise beinhaltet das Vorsitzendenpapier deshalb eine Reihe fundamentaler Denk- und Umsetzungsfehler, deren Wichtigste im Folgenden dargestellt werden.



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

Kontrolle statt Mitwirkung

Das Vorsitzendenpapier interpretiert Partizipation nahezu ausschließlich als rückwärtsgewandete Kontrolle von Entscheidungen der technisch-wissenschaftlichen Endlagersuche. Diese werden in allen Phasen zunächst weitgehend partizipationsfrei erarbeitet, dann in der „Partizipation“ evaluiert und ggf. einer Nachprüfung/Korrektur unterzogen. Die Partizipation ist damit also nachgelagert und nicht als Mitwirkung im Verfahren definiert. Das führt zu zahlreichen Schwächen.

Bremsend statt beschleunigend

Die Fixierung auf Kontrolle fördert die Wahrnehmung der Beteiligung als „Problemfaktor“ sowohl durch die politischen Entscheider, als auch durch die staatlichen bzw. wirtschaftlichen Akteure (BfE/BGE). So wird die Beteiligung als permanente „Bedrohung“ eines zügigen Verfahrens wahrgenommen.

Immer dann, wenn die Beteiligung tatsächlich Qualität bekommt, also Kritik artikuliert, wird diese „Bedrohung“ besonders konkret. Das schafft hohes Konfliktpotential, provoziert einen stetig steigenden Druck auf die Beteiligungsprozesse und erschwert den Prozess zusätzlich, weil es die Akzeptanz der Partizipationsnotwendigkeiten bei den Trägern des Verfahrens unrealistisch werden lässt.

Keine Berücksichtigung der 4 Dimensionen

Gelingende Bürgerbeteiligung berücksichtigt vier Dimensionen: Wenn Legitimierung, Akzeptanz, Qualitätssicherung und Emanzipation gleichermaßen im Fokus des Verfahrens stehen, sind optimale Voraussetzungen für umfangreiche Beteiligungsbereitschaft, wertschätzende Diskurskultur und eine nachhaltige Wirkung des Beteiligungsprozesses gegeben.

Das Vorsitzendenpapier reflektiert diese Dimensionen nicht, es bezieht sich nicht auf sie und es stellt auch an keiner Stelle klar, in welcher Phase welches Format, welcher Prozess und/oder welches Gremium welche Dimension berücksichtigt.

Stakeholder- statt bürgerorientiert

Die zentralen Formate (besser Gremien) sind in ihrer Besetzung und Arbeitsstruktur entweder gar nicht oder nur zu einem geringen Teil bürgerorientiert. Insbesondere die überregionalen Strukturen werden stakeholderdominiert sein, was in der Regel weder auf Qualität noch auf den kritischen Faktor Akzeptanz einen positiven Einfluss hat.

Eine Prüfung aller Formate unter Berücksichtigung der Zeitachsen hat ergeben, dass das vorliegende Konzept ca. 80% Stakeholderbeteiligung und weniger als 20% Bürgerbeteiligung vorsieht.

Ignorieren des Beteiligungsparadoxons

Echte Bürgerbeteiligung ist nicht nur unterrepräsentiert, sie beginnt auch erst spät im Verfahren. Damit wird das bekannte Beteiligungsparadoxon ignoriert.

In diesem Verfahren wird eine Beteiligung für die meisten betroffenen Bürger erst dann angeboten (sofern überhaupt), wenn es faktisch keine oder nur noch eine minimale Mitwirkungsmöglichkeit gibt.

Keine Umsetzung des Prinzips der „Handlungsofferte“

Im Verlauf des Verfahrens wird es mit zunehmender Konkretisierung der Standortauswahl ebenfalls zunehmende Beteiligungsimpulse bei den Menschen in den betroffenen Regionen geben. Gelingende Beteiligung folgt dem Prinzip der Zugangsoffenheit, d.h. Menschen, die erst in einem späten Teil des Verfahrens (z.B. nicht unbedingt zu Beginn einer „Phase“) einen Beteiligungsimpuls verspüren, auch eine Beteiligungsmöglichkeit und einen Einstieg möglichst auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Beteiligung lässt sich nicht „abrufen“ sondern muss ein permanentes Angebot sein. Wird nicht jedem potentiell Beteiligten zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens mindestens eine Handlungsofferte *im* Verfahren angeboten, werden diese nach Möglichkeiten *außerhalb* des vorgesehenen Verfahrens suchen. Dies erhöht immer signifikant die Gefahr der Eskalation. Das Vorsitzendenpapier berücksichtigt dieses Prinzip nicht, sondern konzentriert sich auf starre, als Gremien konstruierte Formate.

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:

IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10

BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:

Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:

Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Beirat:

Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

Formate versus Gremien

Die Komplexität des Vorsitzendenpapiers wird insbesondere durch die Schaffung zahlreicher Gremien verursacht.

Gute Beteiligung leitet aus Inhalt und Beteiligtenstruktur passende Formate ab. Hier entwickeln sich das theoretische und praktische Wissen aktuell stürmisch. Eine Weiterentwicklung in den kommenden Jahrzehnten ist zu erwarten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es im Verlauf des Suchverfahrens neue, angemessene Formate geben.

Diese Entwicklung wird jedoch im Vorsitzendenpapier ignoriert. Formate werden festgeschrieben und an einzelnen Stellen bis ins Detail ausdekliniert, die in der Umsetzung keine Formate sondern neue, institutionalisierte Gremien mit Eigenleben sind. Das Verwischen von Format und Gremium wird im Vorsitzendenpapier nicht reflektiert, es werden aber eben durch die Gremienzentrierung angemessene Formate unmöglich gemacht, da diese als „Konkurrenz“ zu den Gremien gesehen würden.

Doppelung ungenügender Strukturen

Mit diesen, zum Teil detailliert ausgetüftelten, Gremienkonstrukten wird jedoch keine Bürgerbeteiligung realisiert sondern im Gegenteil durch das Delegationsprinzip die schon vorhandene demokratisch-parlamentarische Struktur unserer Politik ein weiteres Mal kopiert.

Wir setzen aber im Suchverfahren auf Partizipation, eben weil die repräsentative Demokratie bei einem solchen Thema an Akzeptanzgrenzen stößt.

Die Partizipation dann jedoch durch ein zweites, projektspezifisches Repräsentationsmodell zu ersetzen, erscheint wenig sinnvoll. Echte Partizipation bietet es nicht. Letztlich könnte man auch gleich darauf verzichten und die ungleich legitimeren demokratischen Strukturen (Bundestag, Länderparlamente, Kreistage, etc.) mit der Lösung betrauen. An seine Grenzen stößt das Gremiensystem besonders in den ersten Phasen des Suchverfahrens, mangels Definition betroffener Regionen kann hier aus diesen kein Delegationsprinzip umgesetzt werden. Eine Inkonsistenz im System, an dem sich die AG 1 zwischenzeitlich seit mehreren Monaten abarbeitet, die zu immer neuen Begriffskonstruktionen geführt hat, aber naturgemäß nicht konsistent aufgelöst werden kann, da es zu diesem Zeitpunkt keine delegativ legitimierte Stakeholder geben wird.



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280

Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:

IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10

BIC TRODDEF1

Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:

Jörg Sommer (Vorsitzender)

Hans Leo Bader

Pierre L. Ibisch

Hermann E. Ott

Ute Vogt

Kuratorium:

Joana Emetz

Lothar Frenz

Richard Focken

Beirat:

Karl-Heinz Florenz (MdB)

Dr. Heiner Geißler

Prof. Dr. Hartmut Graßl

Prof. Dr. Michael von Hauff

Prof. Dr. Ulrich Holzbaier

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Prof. Dr. Wolfram Koch

Bernd Lange (MdB)

Prof. Dr. Mojib Latif

Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt

Prof. Dr. Reinhold Leinfelder

Reinhold Messner

Prof. Dr. Gerd Michelsen

Dr. Matthias Miersch (MdB)

Prof. Dr. Kai Niebert

Prof. Dr. Holger Rogall

u.a.

Parallelität statt Synchronisation

Partizipation und technische Suche bedürfen einer engen, jeweils im zeitlichen Kontext immer wieder neu zu bestimmenden Synchronisation. Das Vorsitzendenpapier bildet diese Synchronisation nicht ab und benennt auch kein Instrument, um diese im Verfahren vorzunehmen. Möglicherweise soll dies dem BfE überlassen bleiben, dies wird damit aber, insbesondere in einem komplexen Verbund geschaffener Gremien, überfordert sein. Im Vorsitzendenpapier wird deshalb statt Synchronisation eher Parallelität produziert, ohne diese aber im Verfahren sinnvoll auflösen zu können.

Überfrachtung des Nationalen Begleitgremiums

Bezeichnend für die im Vorsitzendenpapier geschaffene komplexe Struktur ist die bis dato völlig ungeklärte Rolle, Funktion und Besetzung des Nationalen Begleitgremiums. In Ermangelung eines funktionierenden Konfliktmanagements und bedingt durch die unklaren Gremienkonstellationen wird das NBG mit Aufgaben und Erwartungen so überfrachtet werden, dass dort weder eine Mitwirkung unabhängiger Bürgerinnen und Bürger (schon gar nicht der Jungen Generation) denkbar ist, noch eine breite Akzeptanz sichergestellt werden kann. Es bleibt bei der jetzigen Konstruktion nur übrig, das NBG ebenfalls ausschließlich mit Stakeholdern zu besetzen, was eine Funktion als Gemeinwohlgarant illusorisch werden lässt.

Akzeptanzgefährdend für das BfE

Die unklare Funktion des NBG, der Verzicht auf ein neutrales Konfliktmanagement (Im Widerspruch zum Berichtsteil „Umgang mit Konflikten“), die komplexe Gremienstruktur sowie die mangelnde Berücksichtigung der Vier Dimensionen gelingender Beteiligung wird dazu führen, dass das BfE die Erwartungen an einen fairen, guten Beteiligungsprozess nicht erfüllen können. Damit wird das BfE als Träger strukturell beschädigt und im Fokus der Kritik stehen.

Verschärfend kommt hinzu, dass amtliche Strukturen grundsätzlich hart um partizipatives Denken und Handeln ringen müssen und dem BfE als „Staatsvertreter“ nicht nur Vertrauensvorschuss entgegengebracht werden wird. Das BfE ist damit als Sündenbock für eine misslungenes Suchverfahren vorbestimmt.



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:

IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10

BIC TRODDEF1

Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:

Jörg Sommer (Vorsitzender)

Hans Leo Bader

Pierre L. Ibisch

Hermann E. Ott

Ute Vogt

Kuratorium:

Joana Emetz

Lothar Frenz

Richard Focken

Beirat:

Karl-Heinz Florenz (MdEP)

Dr. Heiner Geißler

Prof. Dr. Hartmut Graßl

Prof. Dr. Michael von Hauff

Prof. Dr. Ulrich Holzbaur

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Prof. Dr. Wolfram Koch

Bernd Lange (MdEP)

Prof. Dr. Mojib Latif

Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt

Prof. Dr. Reinhold Leinfelder

Reinhold Messner

Prof. Dr. Gerd Michelsen

Dr. Matthias Miersch (MdB)

Prof. Dr. Kai Niebert

Prof. Dr. Holger Rogall

u.a.

Wissenschaftsferne der Beteiligung

Das Verfahren sieht keine Schnittstellen zwischen Wissenschaftlicher Begleitung, Partizipation der wissenschaftlichen Community und der Bürgerbeteiligung vor. Wissenschaft wird primär auf naturwissenschaftliche Beiträge im technischen Teil des Suchverfahrens reduziert.

Inkonsistenz in der Planungstiefe

Das Vorsitzendenpapier ist in der Konkretisierungstiefe von großen Disparitäten geprägt. Es geht an manchen, weniger wichtigen Stellen (insbesondere bei den diversen Gremien) ins Detail, bleibt im Gesamtsystem und den Aufgabenbeschreibungen elementarer Systembestandteile (NBG u.a.) aber diffus. Die Anforderungen an ein gelingendes Konfliktmanagement setzt es gar nicht um.

Ignorieren der verschiedenen Beteiligungscharakteristika

Im Verfahren werden sich zu Beteiligende ebenso ändern wie die Inhalte und Charakteristika der Beteiligung. Beteiligung, die aber z.B. den Fokus auf Qualität richtet bedarf gänzlich anderer angemessener Formate als Beteiligung mit Akzeptanzfokus und/oder Verhandlungscharakter.

In den aktuellen Strukturen bildet sich das an keiner Stelle ab. Es wird lediglich ein monolithisches Gremiensystem geschaffen. Die Erfahrung, nicht nur aus Partizipationsprozess belegt jedoch, dass ein Charakterwandel bestehender Gremien und Gremiensysteme selten und noch seltener ohne schwere Konflikte erfolgt. Das Vorsitzendenpapier baut diese Solbruchstellen praktisch in das Verfahren ein.

Kein Bezug zum Konfliktmanagement

Die Kommission schreibt im Berichtsteil „Zum Umgang mit Konflikten“ unmittelbar vor dem Berichtsteil, den das Vorsitzendenpapier darstellen soll:

„Der Umgang mit dem Paradoxon, dass ein Verfahren den Konsens sucht, aber von Konflikten getrieben ist, wird das gesamte partizipative Suchverfahren prägen. Dies stellt besondere Herausforderungen an Träger und Gestalter des Suchverfahrens. Einerseits gilt es beim Design des Prozess unproduktive Konflikte zu vermeiden, andererseits Konflikte als wesentliches Klärungselement zu berücksichtigen.“



Deutsche Umweltstiftung

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

In diesem Berichtsteil sind bereits konkrete Vorstellungen zum Umgang mit Konflikten sowie zum Konfliktmanagement enthalten. Das Vorsitzendenpapier ignoriert diesen Berichtsteil komplett, setzt seine Anforderungen nicht um und stellt keinen Bezug dazu dar.

Unrealistische Annahmen

Ein Kardinalfehler des Vorsitzendenpapier ist die Annahme, die Bürgerinnen und Bürger würden sich nicht nur mit den vorgesehenen Stellvertretergremien sondern auch mit langen beteiligungsfreien Phasen ebenso zufrieden geben wie mit der Vorgabe, dass ausgerechnet die „Spielregeln“, d.h. die Kriterien nicht in der Beteiligung hinterfragt werden dürfen.

All diese Annahmen sind realitätsfern.

Es sprechen gute Gründe dafür, die Kriterien zu Verfahrensbeginn festzuschreiben und nur bei zwingenden Anlässen zu revidieren. Das ändern jedoch nichts daran, dass die Diskussion um die Kriterien im Verfahren wieder, und auch immer wieder neu, breiten Raum einnehmen wird. Wird hierfür kein Forum geboten, wird dies außerhalb partizipativer Angebote und mit hohem eskalativem Potential stattfinden

Fehlern robuster Strukturen

Das Gremienportfolio im Vorsitzendenpapier ist komplex, mit zahlreichen Konfliktpotentialen und Reibungsstellen ausgestattet, mit umfangreichen Angriffspunkten und Eskalationshebeln für Stakeholderkonflikte versehen und mangels einer Berücksichtigung guten Konfliktmanagements anfällig für explosionsartige Eskalationen.

Es ist weder robust noch verfügt es über eingebaute Selbstreflektionsmechanismen und Selbstheilungsstrukturen. Es ist wenig flexibel und zu statisch, in zu vielen Punkten zu sehr fixiert und damit gemäß den darwinschen Gesetzen mit einem hohen Potential des Scheiterns ausgestattet.

Am Anfang unverbindlich, am Ende schwach

Entscheidende Grundlagen, Legitimation und grundlegende Qualität werden am Anfang des Verfahrens geschaffen. Am Ende aber wird um Akzeptanz zu ringen sein.

Die Bürgerbeteiligung am Ende des Verfahrens wird einen starken „Verhandlungscharakter“ haben. Für die Akzeptanz ist von großer Bedeutung, dass dieser Charakter anerkannt und in den Formaten abgebildet wird.

Ebenso wichtig ist jedoch auch, die Beteiligung nicht mit der Standortentscheidung enden zu lassen, sondern Bau, Einrichtung und Dauerbetrieb des Endlagers partizipativ zu begleiten. Hier bietet das Vorsitzendenpapier, obgleich an anderen Stellen sehr detailorientiert, nicht einmal grobe Antworten.

Lösungsvorschlag

Das vorliegende Vorsitzendenpapier scheitert nicht an der Unzulänglichkeit einzelner Elemente oder an unterschiedlichen Interessen, Sichtweisen, Kenntnisständen oder Erwartungen der Kommissionsmitglieder, sondern wie eingangs dargestellt an einem Systemfehler:

Es scheitert am Versuch, einen nicht planbaren Prozess detailliert zu planen.

Eine Lösung, gerade auch angesichts der knappen noch zur Verfügung stehenden Zeit, kann nur gefunden werden, wenn wir uns konsequent auf das Wesentliche und Leistbare, d.h. auch auf das für ein Partizipatives Suchverfahren Notwendige konzentrieren:

Wir benötigen ein robustes, lernfähiges, flexibles und zur Selbstheilung ebenso wie zur Weiterentwicklung befähigtes Beteiligungssystem, das sich auf wenige Institutionen und deren gelingendes Zusammenwirken konzentriert und die Nutzung jeweils zeitgemäßer, dem Verfahrensanspruch und dem dann relevanten Stand der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und demokratischen Entwicklung entsprechenden Formate ermöglicht.

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:
IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10
BIC TRODDEF1
Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:
Jörg Sommer (Vorsitzender)
Hans Leo Bader
Pierre L. Ibisch
Hermann E. Ott
Ute Vogt

Kuratorium:
Joana Emetz
Lothar Frenz
Richard Focken

Beirat:
Karl-Heinz Florenz (MdEP)
Dr. Heiner Geißler
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Ulrich Holzbaur
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Wolfram Koch
Bernd Lange (MdEP)
Prof. Dr. Mojib Latif
Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt
Prof. Dr. Reinhold Leinfelder
Reinhold Messner
Prof. Dr. Gerd Michelsen
Dr. Matthias Miersch (MdB)
Prof. Dr. Kai Niebert
Prof. Dr. Holger Rogall
u.a.

Ein solches Beteiligungssystem würde auf deutlich weniger Seiten als das jetzige Vorsitzendenpapier allgemeinverständlich und überzeugend dargestellt werden können und dabei nicht nur formal, sondern auch inhaltlich mit den Ansprüchen unseres Berichtes, insbesondere der Präambel sowie der bereits in zwei Lesungen bestätigten und in der Online-Konsultation positiv aufgenommenen Anforderungen zum Umgang mit Konflikten im Suchverfahren harmonisieren.

Es wäre auch im verbleibenden Zeitraum noch formulierbar.

Mit freundlichem Gruß



Jörg Sommer
Vorstandsvorsitzender



Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel. 030 202384-280
Fax 030 202384-289

kontakt@deutscheumweltstiftung.de
www.deutscheumweltstiftung.de

Bankverbindung:

IBAN DE66 5003 1000 1111 1110 10

BIC TRODDEF1

Triodos Bank, Frankfurt

Vorstand:

Jörg Sommer (Vorsitzender)

Hans Leo Bader

Pierre L. Ibisch

Hermann E. Ott

Ute Vogt

Kuratorium:

Joana Emetz

Lothar Frenz

Richard Focken

Beirat:

Karl-Heinz Florenz (MdEP)

Dr. Heiner Geißler

Prof. Dr. Hartmut Graßl

Prof. Dr. Michael von Hauff

Prof. Dr. Ulrich Holzbaur

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Prof. Dr. Wolfram Koch

Bernd Lange (MdEP)

Prof. Dr. Mojib Latif

Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt

Prof. Dr. Reinhold Leinfelder

Reinhold Messner

Prof. Dr. Gerd Michelsen

Dr. Matthias Miersch (MdB)

Prof. Dr. Kai Niebert

Prof. Dr. Holger Rogall

u.a.